



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

18. Januar 2024

Sitzung des Stadtrates am 31.01.2024
Antrag der CDU-Fraktion zur Umstellung auf Bezahlkarten
Vorlagen Nummer: VII/2024/06684
TOP: 10.3

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Der Antrag ist nicht zulässig.

Die Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) obliegt im übertragenen Wirkungskreis ausschließlich dem Oberbürgermeister (§ 66 Abs. 4 KVG). Dies beinhaltet auch die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber.

Die Bundesländer diskutieren aktuell in einer Arbeitsgruppe die notwendigen Rahmenbedingungen, insbesondere bundeseinheitliche Mindeststandards. Die kommunalen Spitzenverbände werden von den Bundesländern in die Vorbereitung zur Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber eingebunden.

Die Verwaltung begrüßt die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber, wie im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss im November 2023 informiert, und wird dort fortlaufend über den aktuellen Stand berichten.

Katharina Brederlow
Beigeordnete